

*Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge.*

C. H. Beck Verlag, München 2001, 442 S., 38 Tab.

Die Deckungsgleichheit von ethnischer Herkunft und Staatsangehörigkeit gehört in Deutschland zum Selbstverständnis von Staat und Gesellschaft seit Gründung des Kaiserreiches – bis heute nicht ohne Widersprüchlichkeiten.

„Fremde Ausländer“ gelangten in den vergangenen Jahren nur in Ausnahmefällen dauerhaft in die Bundesrepublik. Nach der Verschärfung des Asylgesetzes Anfang der neunziger Jahre wurde der uneingeschränkte Einlaß nach Deutschland zumeist nur noch Spätaussiedlern gestattet. Die jedoch auch ihnen oft entgegengebrachte Abwehrhaltung erinnert unter anderem an den Umgang mit den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges, die von der einheimischen Bevölkerung in der frühen Nachkriegszeit, oft als „Pollacken“ beschimpft, mit schweren Ressentiments im Eingliederungsprozeß zu kämpfen hatten. Ursache dafür war besonders die Furcht vor dem Umstand, daß die Fremden arm und damit zunächst Fürsorgeempfänger und schließlich Konkurrenten im harten ökonomischen Verteilungskampf um Wohnung, Arbeitsplatz und soziale Absicherung waren. Doch wer weiß das heute noch? Ulrich Herbert erinnert daran, daß darüber hinaus in manchen Regionen der Übergang von polnischen Zwangsarbeitern des NS-

Regimes zu Vertriebenen aus Ostpreußen lediglich als Austausch von Fremden aus dem Osten empfunden worden ist: daher auch die Weiterverwendung des Schimpfwortes „Pollacken“. Die „Fiktion eines voraussetzungslosen Neuanfangs“ (S.211) in der Ausländerpolitik der Bundesrepublik zu entlarven und die historischen Hintergründe dieser und weiterer Phänomene kanalisiert und systematisch eingeordnet zu haben, ist ein herausragendes Verdienst seines Buches.

Die Definition des Eigenen impliziert die des Fremden, eine grundlegende Erfahrung, die für die gesamte Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland relevant ist. Herbert zeigt in seiner chronologisch angelegten Studie vom ausgehenden 19. bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert, wie bereits die Gesellschaft im Kaiserreich einer solchen Trennung zur Ausbildung ihres inneren Zusammenhalts scheinbar bedurfte. Dabei bediente sie sich einer „aggressiven Politik der Identitätsbildung“ (S.335), die im verspäteten Nationalstaat Deutschland nicht ohne Widersprüche in der Ausländerpolitik blieb. Dem volks- und betriebswirtschaftlichen Interesse an dringend benötigter, billiger Arbeitskraft – repräsentiert durch die polnischen Saisonarbeiter auf dem Lande – standen erhebliche antipolnische Vorurteile entgegen. Herbert entfaltet auf sehr anschauliche Weise alle bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland vorhandenen Elemente der Ausländerpolitik und ihrer Diskussion, die ihre Wirkung bis heute behalten haben.

Während des Ersten Weltkrieges wird aus dem Saisonarbeiter der Zwangsarbeiter. Mehr als 300 000 russisch-polnische Arbeiter werden an einer Rückkehr in ihre Heimat gehindert und zum Arbeitsdienst gezwungen. Die arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen in der Weimarer Republik sind besonders durch die Verrechtlichung und Zentralisierung der Ausländerbeschäftigung gekennzeichnet: so wurde z. B. die bis heute geltende generelle Bevorzugung von inländischen Arbeitnehmern – das sogenannte „Inländerprimat“ – gesetzlich festgeschrieben. In dem fast handbuchartig aufgebauten und sehr gut dokumentierten Text gelingt es Herbert immer wieder, mit großer Sachkenntnis dem Leser besonders die nationalen Traditionen von Zuwanderung und Ausländerpolitik zusammenfassend vor Augen zu führen und dabei die jeweiligen systemimmanenten Widersprüche zu betonen.

Die Formen der Anwerbung und Zuwanderung von Polen zur Saisonarbeit nach Deutschland änderte sich auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zunächst nicht. Arbeitermangel plagte die nationalsozialistische Wirtschaft dann jedoch besonders vor dem Hintergrund der boomenden Rüstungskonjunktur. Die Erfahrungen mit der Zwangsarbeiter-Politik aus dem Ersten Weltkrieg ebenso wie das erwähnte „Inländerprimat“ der Zwischenkriegszeit bildeten bewußt gewählte Anknüpfungspunkte der nationalsozialistischen „Fremdarbeiterpolitik“ der Vorkriegsphase.

Mit Kriegsbeginn 1939 radikalisierte sich die NS-Politik auf diesem Sektor in bis dahin nicht gekannter Art und Weise: das System der „Vernichtung durch Arbeit“ besonders von KZ-Häftlingen und Juden ist heutzutage in zahlreichen Einzel- bzw. Regionalstudien belegt. Der Gegensatz zwischen wirtschaftlichen und ideologischen Prioritäten erreichte in dieser Phase der deutschen Geschichte seinen Höhepunkt: Die zur Kriegführung notwendige Ausbeutung von fast acht Millionen Ausländern im Sommer 1944 stand im schärfsten Widerspruch zur rassistischen NS-Ideologie,

besonders im Hinblick auf die angebliche Gefährdung des „reinen deutschen Blutes“ durch „völkische Überfremdung“.

Die Diskussion um ein „Ausländerproblem“ beschäftigte die deutsche Politik und Gesellschaft auch nach dem Krieg. Nur 16 Jahre später begann mit der Anwerbung von sogenannten „Gastarbeitern“ aus Süd- und Südosteuropa ein weiteres Kapitel dieser Debatte, das seit den achtziger Jahren wiederum von der Asylpolitik überlagert wurde. Die Stärke des Autors ist es, die verschiedenen Zu- und Einwanderungsprozesse in ihren verschiedenen sich überlappenden Phasen mitsamt ihren komplexen Traditionen leicht verständlich zu erläutern. Auch die „Gastarbeiter“ sollten grundsätzlich – wie im Kaiserreich – als flexible, arbeitsmarktpolitische „Reservearmee“ die bundesdeutsche Wirtschaft stützen, um dann wieder die Koffer zu packen, wenn die Nachfrage erschöpft war. Eine Illusion. „Deutschland ist kein Einwanderungsland“: Diese der Wirklichkeit widersprechende Parole, die auch rückwärtsgewandt gelesen werden kann, wie Herbert in seiner Analyse verdeutlicht hat, charakterisiert die politische Orientierung der jüngsten Vergangenheit. Sie ist verantwortlich dafür, daß viele Probleme der Ausländerpolitik bis heute ungelöst sind: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf – zumindest für weite Teile der verantwortlichen Politiker.

Zwiespältige Bilanz: auf diese Formel bringt der Freiburger Professor die deutsche Ausländerpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts, schwankend zwischen fremdenfeindlichen Traditionen und massenhafter Zwangsarbeit auf der einen Seite, und dem hohen Maß an sozial-rechtlich abgesicherter Integration der zur Zeit ca. acht Millionen Ausländer in der BRD auf der anderen. Vielleicht lohnt für die Zukunft der Blick zurück auf das Phänomen der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg: Wie aus „Fremden“ Einheimische werden können, wenn zu der zwar sehr zögerlichen gegenseitigen Akzeptanz der verschiedenen Bevölkerungsgruppen auch noch der politische Wille mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen tritt.